



Verein für Gesellschafts- & Wirtschaftswissenschaften

„Der ökonomische Charme der sozialen Gerechtigkeit“

Vortrag und Diskussion:

Prof. Dr. Franz Lehner, Präsident des Instituts für Arbeit & Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen und Professor an der Ruhr Universität Bochum, und Dr. Christoph Matznetter, Abgeordneter zum Nationalrat, budget- und finanzpolitischer Sprecher der SPÖ, am 10. März 2004, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Arbeitskreise:

25. März 2004 und 7. April 2004, jeweils ab 18.30, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Prof. Dr. Franz Lehner:

Thesen:

- ▶ Bei vielen sozialdemokratischen „Modernisierern“ á la A. Giddens heißt soziale Gerechtigkeit Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit, nicht aber Verteilungsgerechtigkeit.
- ▶ „Modernisierer“ argumentieren, dass in einer globalisierten und wissensbasierten Volkswirtschaft das Festhalten an Verteilungsgerechtigkeit leicht in die Irre führt. Sie begründen dies damit, dass die Erwirtschaftung von Wohlstand immer schwieriger wird. Daher ist der Erwirtschaftung des Wohlstandes gegenüber der Verteilung der Vorrang zu geben.
- ▶ Dem gegenüber vertritt Lehner die Ansicht, dass Verteilungsgerechtigkeit gerade im Interesse von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit in einer globalisierten und wissensbasierten Volkswirtschaft ein zentrales Anliegen der Politik, ja auch der Wirtschaft, sein muss.
- ▶ Die Frage, ob und wie weit der Staat die über den Markt hergestellte Verteilung des Wohlstandes korrigieren sollte und könne, ist heute nur von abstrakter Relevanz.
- ▶ In Westeuropa hat der Staat normativ die Verteilungspolitik übernommen und konnte dadurch

unbestreitbare soziale und wirtschaftliche Erfolge verbuchen.

- ▶ Nunmehr müssen wir feststellen, dass die Verteilungsgerechtigkeit in Westeuropa seit Jahren größer wird.
- ▶ In den letzten Jahren stellte sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, vor allem in Bezug auf die politische Verteilung der Lasten und Kosten der Entwicklung der europäischen Gesellschaften.
- ▶ Vor allem auch sozialdemokratische Regierungen haben zu letzt den größten Teil der Kosten und Lasten der Modernisierung und des Strukturwandels den sogenannten Kleinen aufgebürdet. Dazu zählen vor allem ArbeitnehmerInnen, sozial Schwache und Klein- und Mittelunternehmen.
- ▶ Gewinner des Strukturwandels sind große Unternehmen und das Finanzkapital.
- ▶ Das Problem der Finanzmärkte liegt in der Tatsache, dass sich diese weitgehend von den Realmärkten abgelöst haben. Dies führt zu massiven Verzerrungen und Ungleichgewichten in den Realmärkten.
- ▶ Die Entwicklung der Finanzmärkte ohne Korrespondenz zu den Realmärkten zeigt das Versagen staatlicher Ordnungspolitik. Ergebnis ist eine einseitige Verteilung der Steuerlasten auf Kosten der Arbeit und zu Nutzen des Kapitals.
- ▶ Diese Verschiebung der Steuerlasten ist eine der wesentlichsten Ursachen wachsender Einkommens- und Vermögensungleichheiten.
- ▶ Die Globalisierung verändert die Wettbewerbsbedingungen in der Realwirtschaft. Dies ist ein überschätzter Effekt, da immer nur Teile nationaler Volkswirtschaften in die globale Wirtschaft eingebunden sind.
- ▶ Die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme vieler europäischer Länder haben ihre Wurzeln in

einem zu geringen Tempo und einer zu geringen Breite des Strukturwandels.

- ▶ Strukturwandel alleine reicht aber nicht aus, um den Entwicklungsvorsprung gegenüber den weniger entwickelten Konkurrenten zu erhalten.
- ▶ Soziale Gerechtigkeit im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit wird, wenn sie Kosten verursacht, nur in einem Kostenwettbewerb entscheidend sein, während sie bei einem Innovationswettbewerb kaum eine Rolle spielt.
- ▶ Eine der wichtigsten Folgen der Entwicklung von europäischen Gesellschaften ist das enorme Wachstum von wirtschaftlich verwertbarem Wissen. Dieses Quantum übersteigt die tatsächlichen Verwertungsmöglichkeiten. Nicht das Wissen an sich ist der knappe Faktor, sondern die Fähigkeit, Wissen wirtschaftlich zu nutzen.
- ▶ Die Logik der wissensbasierten Volkswirtschaft hat zwei Implikationen, die in Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit von besonderer Bedeutung sind:
 - Die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht nur durch technologische Fortschritte vorangetrieben, sondern oft von den Märkten gepusht.
 - In der wissensbasierten Volkswirtschaft wird nicht nur Wissen erzeugt, sondern auch vermittelt, verbreitet und angewendet.
- ▶ Der Verzicht auf herkömmliche Verteilungspolitik hemmt die Entwicklung wissensbasierter Volkswirtschaften.
- ▶ Die Beseitigung korporatistischer Strukturen kann die Entwicklung wissensbasierter Volkswirtschaften hemmen.
- ▶ Die Fähigkeit, Wissen wirtschaftlich zu nutzen, hängt von wissenschaftlich-technischem Wissen ebenso ab wie von Erfahrungswissen und sozialem Beziehungswissen.
- ▶ Leistung und Bereitschaft zum Lernen muss sich in einer wissensbasierten Volkswirtschaft für alle Menschen lohnen und auch als lohnend wahrgenommen werden. Andernfalls kommt es zu Schiefen in der Motivation und zu massiven Verzerrungen im Arbeitsangebot.
- ▶ Leistungsgerechtigkeit in der Verteilung von Einkommen muss so abgesichert werden, dass für untere, mittlere und obere Einkommen ein gesundes Verhältnis von Lern- und Leistungskosten zu Einkommens- und Sicherheitsnutzen entsteht.

Dies muss auf breite Akzeptanz stoßen und als gerecht wahrgenommen werden.

Dr. Christoph Matznetter

Thesen:

- ▶ Die Schwerpunkte in Wertschöpfungsketten liegen nicht mehr in den Realmärkten, sondern es gibt eine Konzentration auf die Finanzmärkte, deren Wirkungsweise bis in die kleinsten Unternehmen hineinwirkt.
- ▶ 80% aller Beschäftigten arbeiten in Klein- und Mittelunternehmen. Kennzeichen von Kleinbetrieben: Der Eigentümer bzw. die Familie arbeitet im Kleinbetrieb mit. Fremdfinanzierung bringt im Regelfall einen „Leverage-Effekt“, das heißt, dass die Eigentümer - bedingt durch die niedrigeren Zinsen für das Fremdkapital - eine höhere Eigenkapitalrendite erwirtschaften.
- ▶ Die Bank übernahm die Position eines Risikotransformators für das allgemeine Sparkapital und stellte dieses damit den Unternehmen relativ billig als Kredit zur Verfügung. Dieser Weg ist heute zunehmend abgeschnitten, und es wird billiges Fremdkapital für die Firmen durch „teurer“ werdendes Eigenkapital ersetzt.
- ▶ Dieses zusätzlich erforderliche Eigenkapital, das über große Unternehmen - Fonds, Investoren, strategischen Partnern - vermittelt wird, agiert „nach dem Prinzip einer Heuschrecke. Das Unternehmen in seinem Bestand ist nicht wichtig.“ Obwohl dieses Finanzkapital alle Eigentümerrechte via Depotstimmrecht, Ratingagenturen etc. in Anspruch nimmt, verhält es sich - betriebswirtschaftlich analysiert - wie kurzfristiges Fremdkapital; das ruiniert letztlich jedes Unternehmen.
- ▶ „Der Heuschreckenschwarm kommt, frisst alles ab - bevor sich das Unternehmen richtig entwickeln konnte - und hinterlässt kahle Sträucher.“
- ▶ Die durchschnittliche Verweildauer von großen amerikanischen Investmentfonds in Unternehmen beträgt zweieinhalb Monate.
- ▶ Damit dieses System funktionieren kann, bedarf es eines enormen Drucks auf das betroffene Management, um einen Strukturwandel im betroffenen Unternehmen vorzunehmen, der den Ertrag für den Kapitalgeber unmittelbar lukrierbar macht.
- ▶ In Kontinentaleuropa herrscht aus historischen Wurzeln heraus im Rechnungswesen das

imparitätische Realisationsprinzip – Erträge werden erst verbucht, wenn sie tatsächlich realisiert werden, und Aufwendungen bereits dann, wenn sie wahrscheinlich sind – und die „kaufmännische Vorsicht“, das heißt es werden die Passivposten (Verbindlichkeiten, Rückstellungen) eines Unternehmens möglichst hoch angesetzt und gleichzeitig die Aktiva (Vermögensgegenstände, Forderungen) vorsichtig und damit niedriger bewertet. Dieses Prinzip diene und dient dem Schutz des Eigentümers ebenso wie dem des Kunden und des Gläubigers, um die dauerhafte Existenz des Unternehmens zu sichern.

- ▶ Das andere Modell, das angelsächsisch-börsenorientierte Modell, hat eine andere Zielorientierung. Es ist geprägt von der Ausrichtung: Was kann ich als Aktionär an Dividende rausholen? Entscheidend ist nicht die langfristige Zukunft des Unternehmens, sondern der kurzfristige Erfolg und damit der ausschüttbare Gewinn.
- ▶ Kennzeichen dieser Vorgangsweise ist die Kurzfristigkeit.
- ▶ Der nach US-GAAP ausgewiesene Gewinn gibt daher den maximal sofort zur Ausschüttung verfügbaren Ertrag wider. Diese Form des Rechnungswesens begünstigt kurzfristige Gewinnlukrierung und führt zwangsläufig zur Schädigung dauerhaften betrieblichen Substanzaufbaus.
- ▶ Um Kapital von außen anzuziehen, also für Investoren interessant zu machen, muss man dem Investor ein lukratives Angebot stellen. In den meisten Fällen wird dann irgendwann mit „kreativer Buchhaltung“ eine irrealer Gewinnerwartung geweckt. Bei dieser Vorgangsweise werden Unternehmen, die diese Form der Kapitalanlockung nicht wählen, zunehmend in die Situation versetzt, genauso zu agieren, oder eben kein Kapital zu bekommen. Wenn ein Unternehmen keine kurzfristige Ertragsphantasie wecken kann, wird es für das so genannte mobile Kapital unattraktiv.
- ▶ Banken verlieren zusehend die Funktion der Risikotransformation, da sie selber in diesem Wettbewerb der Veranschaulichung schneller Gewinne gefangen sind. Die Erträge kommen zunehmend aus der Finanzmarktspekulation („Treasury“) anstelle des Bankgeschäfts (Zinsspanne zwischen Einlage- und Kreditzinsen). In ihrem Fall sind es die Ratingagenturen, die den dementsprechenden Druck aufbauen. Vorschriften wie Basel II behindern die Banken in ihrem

Kreditgeschäft und erhöhen damit den Druck, Renditen zu erwirtschaften.

- ▶ Diese Logik führt dazu, dass in der Realwirtschaft diese erhöhten Renditerwartungen nicht erfüllt werden können und damit die Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet werden.

Arbeitskreisergebnisse: Thesen

- ▶ Eine Neubewertung von europäischer Identität und Selbstständigkeit ist notwendig.
- ▶ Die Europäische Union muss bei den lebensnotwendigen Bereichen (Grundversorgung, Infrastruktur, Agrarmarkt) autark sein. In diesem Zusammenhang ist partieller Protektionismus absolut richtig.
- ▶ Forderungen in diesem Kontext sind:
 - Es muss Kostenwahrheit beim europäischen Warenverkehr hergestellt werden. Lebensraum und Wirtschaftsraum sollen nicht zu weit auseinanderfallen.
 - Steuern in diesem Zusammenhang (zum Beispiel Mineralölsteuer) müssen auch dem Namen gemäß Steuerungseffekte erzielen, das heißt es muss eine konsequente Umverteilung des Warentransportes von der Straße auf die Schiene erfolgen.
 - Bei Importen von Waren und Dienstleistungen muss auf die Einhaltung von Normen (Menschenrechte, soziale Standards etc.) geachtet werden.
 - Daher muss ein freier Handel mit sinnvollen Auflagen versehen sein. Es müssen die ökonomischen Unterschiede zwischen den EU-Ländern berücksichtigt werden. Deshalb sind Regelungen in den Innen- und Außenbeziehungen der EU-Staaten zu finden, die die ökonomisch Schwächeren schützen und fairere Bedingungen in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen ermöglichen.
 - Zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist die Privatisierung lebensnotwendiger Produktionszweige abzulehnen. Leistungen der Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung, öffentliche Sicherheit) sind grundsätzlich vom Staat zu gewährleisten.
 - Internationale Konferenzen und Verhandlungen (GATTs, WTO), die die Regelungen für internationale Waren-, Dienstleistungs- und Finanztransaktionen betreffen, müssen transparent sein und unter Teilnahme der so

genannten Zivilgesellschaft stattfinden. Die Sanktionsmöglichkeiten internationaler Organisationen (zum Beispiel International Labour Organisation) bei sozial- und arbeitsrechtlichen Normverletzungen müssen hergestellt bzw. ausgeweitet werden.

- ▶ Ein Staat wird dann zu einem guten „Unternehmer“, wenn er eine möglichst egalitäre Verteilung von Möglichkeiten bietet und Grundsicherung gewährleistet. Ein Staat wirtschaftet dann gut, wenn es den Menschen an nichts mangelt. Dies betrifft Gesundheit, Bildung und Arbeitsplätze genauso wie Sicherung der Entwicklungschancen.
- ▶ Der Staat muss effizient wirtschaften, jedoch stehen hier gesellschaftliche Parameter im Vordergrund. In diesem Zusammenhang ist Effizienz neu zu definieren. Die Zielerreichung staatlichen Wirtschaftens ist nicht nur an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu messen.
- ▶ Ein demokratischer Staat soll zur Sicherung der Daseinsvorsorge strategische Beteiligungen haben.
- ▶ Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss den Kolonialismus als historische Last anerkennen. In diesem Zusammenhang sind Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern mit sozialdemokratischen Grund- und Werthaltungen in Einklang zu bringen. Investitionen vor allem in die Zivilgesellschaft sind zu tätigen. Solidarität ist Verantwortung und Verpflichtung. Die individuelle Verantwortung muss gefordert werden.
- ▶ Der Realmarkt gehört gegenüber dem Finanzmarkt in einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik gestärkt. Im Realmarkt werden die Arbeitsplätze und der volkswirtschaftliche Reichtum geschaffen. In diesem Zusammenhang sind vor allem Klein- und Mittelunternehmen steuerlich zu fördern.
- ▶ Ein funktionierender Realmarkt ist eine wesentliche Voraussetzung für einen funktionierenden Arbeitsmarkt.

TeilnehmerInnen

Karl Trettler, Gernot Schwentner, Sonja Schneeweiss, Andreas Gulyas, Jan Kaiser, Ilona Bisko, Michael Neugebauer, Theresia Nichtenberger, Christoph Pollak, Erich Scheffl, Claudia Schmied, Florian Weikl, Wolfgang Ziehengraser, Franz Spitaler.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein für Gesellschafts- & Wirtschaftswissenschaften

Landgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Gesamtverantwortlich:

Michael Neugebauer

Florian Weikl

Schlussedition:

Franz Spitaler

VGW Termine

19. April 2004, 19.00, SPÖ-Döbling, Billrothstraße 34, 1190 Wien

„Wiener Visionen 2010 – 2030 – 2050. BSA-Visionen für Wien“

Dr. Claudia Schmied

3. Mai 2004, 18.30 Uhr, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

„Bauplan und Spielregeln der Europäischen Union“

Mag. Susanne Brenner, Arbeiterkammer, Brüssel

10. Mai 2004, 18.30 Uhr, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

„Jenseits der Vollbeschäftigung. Lebensmuster im Patchwork am Beispiel der KünstlerInnen“

Dr. Lisa Fischer, Soziologin und Historikerin, Wien

24. Mai 2004, 18.30 Uhr, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

Buchpräsentation, „Arbeitslosigkeit – ein Instrument der neoliberalen Politik“ von **Dr. Julian Uher**

22. Juni 2004, 18.30, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

„Politiker im Gespräch“

Abg. z. NR Dr. Hannes Jarolim

28. Juni 2004, 18.30, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

„Arbeitsmarkt und Rechtspopulismus“

Univ. Doz. Dr. Jörg Flecker

Die Vorträge mit anschließender Diskussion am 10. Mai 2004 und 24. Mai 2004 sind Teil der BSA-Visionen für Wien - Arbeitsgruppe „Arbeit, Wirtschaft und Verkehr“.

Im Rahmen der VGW-Aktiv-Blätter-Arbeitskreise finden zu den Vorträgen von Dr. Lisa Fischer und Dr. Julian Uher insgesamt drei Treffen statt. Diese Termine werden in der Veranstaltung am 10. Mai 2004 bekannt gegeben.